

Freisinnige sind für neue Atomkraftwerke

Positionspapier der FDP Aargau zur Stromversorgung fordert Aufhebung des Neubauverbots und längere Laufzeiten für bestehende AKW.

Fabian Hägler

An ihrem ersten Parteitag im Jahr 2022 nahm sich die FDP Aargau der drohende Stromlücke an. Neben dieser Gefahr wird derzeit die Frage diskutiert, ob neue Atomkraftwerke eine klimafreundliche Stromproduktion bringen könnten. Im Entwurf des FDP-Strategiepapiers steht nirgends AKW oder Kernenergie, dennoch wurde am Parteitag klar, dass die Freisinnigen dies unterstützen. Adrian Meier, der für die FDP im Kantonsparlament das Energieressort leitet, hielt dazu fest: «Ich sage es hier deutlich, das Verbot für den Bau von neuen Kernkraftwerken muss aufgehoben werden.»

Später hiess der Parteitag einen entsprechenden Antrag von Beat Bechtold, Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, gut. So wurde im Strategiepapier die Forderung verankert, das Neubauverbot für Kernkraftwerke aufzuheben. Bruno Rigo, Vizeamann von Böttstein, und der ehemalige ABB-Chef Edwin Somm unterstützten dies. Somm sagte, die FDP müsse sich endlich klar zu modernen Kernkraftwerken bekennen, nur so liesse sich die Energiewende meistern.

Bestehende AKW länger laufen lassen, neue bauen

Nationalrat Matthias Jauslin sagte, es müsse um die Erforschung der Kernenergie gehen und nicht um die Aufhebung des Bauverbots für Atomkraftwerke. Es sei vermessen, einen Gesetzesartikel aufheben zu wollen, der in einer Volksabstimmung gutgeheissen worden sei. Zudem hielt er fest, die neueste Generation von Kernkraftwerke



Das modernste und leistungsstärkste Atomkraftwerk der Schweiz steht in Leibstadt – nun verlangt die FDP Aargau, dass das Neubauverbot für AKW aufgehoben wird. Bild: Benjamin Manser

sei noch weit weg von der Marktreife. Derzeit müsse man auf erneuerbare Energie und allenfalls auf ein Gaskraftwerk setzen. Letztlich wurde der Antrag von Beat Bechtold mit 46 zu 30 Stimmen gutgeheissen.

Zudem hiess der Parteitag einen Antrag von Grossrat Gabriel Lüthy gut, der verlangt, dass der Bundesrat die Laufzeit der heutigen Atomkraftwerke verlängert. Diese sollen so lange laufen, bis ihre erzeugte Bandenergie durch andere Quellen ersetzt sei. Nationalrat Matthias Jauslin warf vergeblich ein, über die Laufzeit der AKW entscheide nicht der Bundesrat, sondern die Atomaufsichtsbehörde Ensi.

Am Dienstagmorgen hatte Grünen-Fraktionschef Robert Obrist im Grossen Rat in einer Fraktionsklärung eine Solaroffensive verlangt, «die ihrem Namen gerecht wird». Es brauche im Aargau einen rasanten Zubau bei der erneuerbaren Energie und massiv mehr finanzielle Unterstützung.

Am Dienstagabend wurde klar, dass die Freisinnigen dies komplett anders sehen. Die FDP kritisiert in ihrem Strompapier «die übermässige Subventionierung von erneuerbaren Energien, namentlich Solar- und Windenergie». Dies mache die Wasserkraft als wichtigste einheimische erneuerbare Energie-

quelle für die Produzenten unrentabel, findet die Partei.

Edwin Somm wollte die Forderung ins Strategiepapier aufnehmen, kurzfristig drei bis vier Gaskraftwerke zu bauen. Diese sollten eine Leistung von jeweils 500 Megawatt haben und dazu dienen, eine Stromlücke im Winter ab 2025 zu schliessen. Der Antrag des ehemaligen ABB-Chefs wurde mit 32 zu 31 Stimmen knapp abgelehnt.

Wenn es um die Energieproduktion geht, gibt es auch Konflikte mit Natur- und Landschaftsschutz, so zum Beispiel beim geplanten Windpark auf dem Lindenberg im Oberfreiamt oder bei der Frage, ob eine

FDP sagt Nein zu Medienpaket

Parolen An ihrem Parteitag, der via Zoom durchgeführt wurde, fassten die Freisinnigen die Parolen für zwei Abstimmungen vom 13. Februar: Die Partei sagt Nein zum Tabakwerbeverbot und lehnt das Medienpaket ab. Beim Tabakwerbeverbot folgten die FDP-Mitglieder Nationalrat Matthias Jauslin, der für ein Nein warb, mit 85 zu 5 Stimmen.

Stärker diskutiert wurde das Medienpaket, das Unterstützung für abonnierte Zeitungen, Lokalradios, Regionalfernsehen und Onlinemedien mit Bezahl-schranke vorsieht. Bei dieser Vorlage warb Walter Herzog, FDP-Mitglied und Verleger der «Neuen Fricktaler Zeitung», für ein Ja. Philipp Gut, Geschäftsführer des Komitees «Medien-gesetz Nein», setzt sich für ein Nein ein. Herzog sagte, eine

vielfältige Medienlandschaft sei die Basis für die direkte Demokratie, ein grosser Teil der Mittel gehe an kleine Medienverlage. «Ich appelliere an das staatspolitische Verständnis der Freisinnigen», sagte Herzog. Gut entgegnete, es würden gut laufende Firmen unterstützt, die in der Coronapandemie hohe Gewinne erzielt hätten. Zudem wären Medien, die Geld vom Staat erhielten, von diesem abhängig.

Alt Ständerätin Christine Egerszegi sagte, guter Journalismus koste Geld. Informationen seien eine wichtige Basis für die Demokratie, die Meinungsbeflussung sei viel offensichtlicher, wenn sie über private Geldgeber laufe, erklärte sie. Schliesslich fasste der Parteitag mit 71 zu 22 Stimmen die Nein-Parole zum Medienpaket. (fh)

Hochspannungsleitung im Reusstal in den Boden verlegt werden soll. Für die FDP ist klar: «Wo für die Versorgungssicherheit keine bedeutenden Kapazitäten geschaffen werden könnten, soll der Umwelt- und Landschaftsschutz den Vorzug erhalten – und umgekehrt.»

Jauslin: Fokus nur auf AKW, nichts Modernes drin

Nationalrat Matthias Jauslin sagte vor der Schlussabstimmung, das Strategiepapier enthalte nichts Modernes, nichts zu erneuerbaren Energien, es sei rückwärtsgewandt und fokussiere einseitig auf Kernenergie. Aus seiner Sicht dürfe man das

Papier nicht veröffentlichen, man habe zum Beispiel kaum über Wasserkraft, Solarenergie, Windkraft oder Geothermie geredet, kritisierte Jauslin

Silvan Hilfiker, Fraktionschef der FDP im Grossen Rat, sprach sich hingegen dafür aus, das Grundsatzpapier zu verabschieden. Die Kantons- und Bundesparlamentarier würden danach die richtigen Massnahmen einleiten, damit diese Strategie kein Papiertiger bleibe.

Für beide Positionen – die von Jauslin und die von Hilfiker – gab es Voten, letztlich wurde das Strategiepapier zur Stromproduktion mit 53 zu 15 Stimmen verabschiedet.

Intensive Debatte über Tabakwerbeverbot

Die Mitte lehnt diese Initiative mit 43 zu 18 ab und sagt Ja zum Medien-Massnahmenpaket.

Mathias Küng

Man hätte sich gern physisch in Lenzburg getroffen, sagte Parteipräsidentin Marianne Binder gestern Abend zur Eröffnung des wegen Corona via Zoom durchgeführten Parteitags von Die Mitte. Man spiele nicht Stadt und Land, Jung und Alt oder Begüterte und weniger Begüterte gegeneinander aus, sagte Binder einleitend zur DNA der Partei. Man stehe in der grössten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, so Binder in einer Tour d'horizon durch zahlreiche aktuelle Themen. Gut an Corona sei immerhin, dass man jetzt gut digital unterwegs sei und lokale Produkte schätze. Auch «die böse Pharma-Lobby» werde heute etwas anders eingeordnet.

Klares Ja zur Medienvorlage vom 13. Februar

Hauptthemen des Parteitags waren die vier nationalen Abstimmungsvorlagen vom 13. Februar. Das Massnahmenpaket zu Gunsten der Medien wurde

von Christof Nietlisbach vorgestellt, Mitglied des Präsidiums des Verlegerverbands Schweizer Medien und Verwaltungsratspräsident der Freiämter Regionalzeitungen AG. Er legte nüchtern Pro und Kontra dar, machte aber auch klar, dass er sich selbst für die Vorlage eingesetzt hat.

Er verwies darauf, dass den gedruckten Zeitungen die Einnahmen wegbrechen. Es fehle jetzt schon das Geld für eine umfassende Regionalberichterstattung. Ein vielfältiges Medienangebot mit vielen Lokalzeitungen sei gerade im Aargau, dem Kanton der Regionen, wichtig. Marianne Binder wollte wissen, ob der Staat wirklich direkt Online-medien fördern solle? Nietlisbach antwortete, der Staat könne damit nicht in die Redaktionen hineinreden. Die von vielen befürchtete Beeinflussung gebe es deswegen nicht. Der frühere BDP-Nationalrat (jetzt Mitglied Die Mitte) Bernhard Guhl warb für die Vorlage. Medienvielfalt sei sehr wichtig für die Schweiz. Ablehnende Voten gab es nicht.

Der Parteitag beschloss deutlich die Ja-Parole.

Werbeverbot mit Initiative oder mit Gegenvorschlag?

Niemand wolle rauchende Kinder. Und niemand wolle, dass Kinder durch Werbung zum Rauchen kämen, sagte Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel einleitend zur entsprechenden Initiative. Faktisch würde damit aber Tabakwerbung verboten, so Humbel. Sie bevorzugt den Gegenvorschlag des Parlaments. Der sei als Alternative griffig. Das neue Gesetz stärke den Jugendschutz und die Prävention.

Die Diskussion wurde reger und kontroverser genutzt. Christina Bachmann-Roth, Präsidentin der Mitte Frauen Schweiz, verwies auf ihre klare Ja-Parole. Auch sie sei für die Initiative, denn Tabakwerbung habe offensichtlich eine Wirkung. Um Kinder und Teenager zu schützen, sei sie für die Initiative. Grossrätin Edith Saner wiederum stört, dass die Initiative Kinder vor-

schiebe und nicht klar sage, dass sie einfach ein Verbot will. Schliesslich lehnten 43 die Initiative ab, 18 stimmten zu.

Keine Diskussionen gab es bei der Initiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen. Sie wird mit 62 zu 0 zur Ablehnung empfohlen. Zur Abschaffung der Stempelsteuer war die Parole ebenfalls rasch klar: Ja mit 54 : 8 Nein.

Zum Schluss verwies der Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth (Die Mitte) erfreut auf den just gestern im Grossen Rat gutgeheissenen Kredit für strategischen Landkauf im Sisslerfeld. Nun werde man zusammen mit den vier betroffenen Gemeinden vorwärtsmachen, es brauche Landumlegungen etc.

Zur finanziellen Situation des Kantons bestätigte Dieth, was er kürzlich in der AZ sagte: Für 2021 erwartet er statt des budgetierten 114-Millionen-Defizits – natürlich auch dank maximaler Nationalbankauschüttung – einen Überschuss in dreistelliger Millionenhöhe.

Zweimal Ja, zweimal Nein: Grüne fassen Parolen

Versammlung Die Grünen Aargau trafen sich zu ihrer Mitgliederversammlung vom Dienstagabend online über Zoom. Traktandiert waren vorab die Abstimmungen vom 13. Februar. Vier nationale Vorlagen kommen an die Urne, kantonale Abstimmungen gibt es in diesem Februar keine.

Für die Präsentation des Medienpakets konnten die Aargauer Grünen die Zürcher Nationalrätin Marionna Schlatter verpflichten. Das Paket, wie es jetzt vorliege, sei der einzig machbare Kompromiss, sagte sie. Es zurückzuweisen und auf eine bessere Vorlage zu hoffen, sei angesichts der derzeitigen Verhältnisse im nationalen Parlament illusorisch. Fast alle Anwesenden hatte die Nationalrätin auf ihrer Seite, lediglich eine der 36 Personen sagte Nein, die Grünen Aargau beschlossen die Ja-Parole mit grosser Mehrheit.

Ebenso klar sagten die Mitglieder Nein zum Tierversuchsverbot. Dieses sei auf den ersten Blick für die Grünen zwar sympathisch, sagte Neu-Grossrat

Nicolà Bossard bei der Präsentation. Weil die Vorlage aber ein bedingungsloses Verbot von Tier- und Menschenversuchen vorsieht, sei sie zu extrem. Mit 28 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen und einmal Ja, war auch diese Parole im Sinne jener der Grünen Schweiz.

Einstimmig sagen die Grünen weiter Nein zur Abschaffung der Stempelsteuer. Und lediglich zwei Gegenvoten gab es bei der Parolenfassung zum Tabakwerbeverbot, präsentiert von Grossrat Robert Obrist.

Neues Mitglied in Geschäftsleitung

Die Grünen am Dienstag zudem diskussionslos die Biologin Christine Ziegler in den Vorstand. Die angehende Physiotherapeutin Ana Oliviera aus Aargau wird weiter in einem 20-Prozent-Pensum das Sekretariat der Grünen Aargau ergänzen. Interessiertes Personal für die vielen Aufgaben der Partei dürfe sich immer melden, appellierte Parteipräsident Daniel Hölzle an die Mitglieder. (eva)